

# „Die Österreicher sind sehr wehleidig“

**Interview.** Zuwanderung sei wichtig, aber es sollten Leistungsträger sein, sagt der WU-Ökonom Werner H. Hoffmann. Es brauche eine „Willkommenskultur für Topleute“. Zudem müssten die Steuern gesenkt und der Kapitalmarkt belebt werden.

VON NIKOLAUS JILCH

**Die Presse: Bleibt Österreich bei einem System der sozialen Marktwirtschaft?**

**Werner H. Hoffmann:** Es ist nicht so, dass durch die neue Regierung alles umgekehrt wird. Die Österreicher sind sehr wehleidig und sehen bei jeder kleinen Änderung den Untergang des Abendlandes auf sich zurollen. Bisher rüttelt niemand am Grundkonsens der Zweiten Republik. Das soziale Netz ist dicht geknüpft. Wir merken schon, dass es salonfähig ist, die Dinge infrage zu stellen. Aber wirtschaftlich ist die neue Regierung sicherlich liberaler als zuvor.

**Was die Zuwanderung betrifft, ist die Regierung aber restriktiv.**

Ja, da gibt es ein Spannungsfeld. Wenn die Wirtschaft wachsen soll, braucht sie einen offenen Arbeitsmarkt. Es ist immer schwierig, nach Österreich zu kommen – für Studierende oder qualifiziertes Personal. Wir brauchen Einwanderung. Und zwar von Menschen, die einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten können. Zuwanderung ist wichtig, aber es müssen Leistungsträger sein. Einwanderung ins Sozialsystem ist okay, wenn es Nettozahler sind. Zumindest im Schnitt. Die USA haben immer ganz bewusst die leistungsfähigen Leute geholt. Und es ist legitim, wenn wir das auch tun.

**Aber haben sich nicht ausgerechnet die USA mit Trump von der Globalisierung abgewandt?**

Man sollte nicht so tun, als wären bisher alle Märkte global gewesen. Auch die Regionalisierung ist ein Trend, den es schon lang gibt. Wenn überhaupt, dann ist höchstens der Kapitalmarkt global. Und selbst der hat gewisse Restriktionen. Beim Arbeitsmarkt ist das bis heute noch viel stärker der Fall. Wenn jetzt von Politikern wie Trump der Nationalismus noch zusätzlich befeuert wird, ist das sehr gefährlich.

**Wie kann es sein, dass viele Leute über zu große Zuwanderung klagen – und die Wirtschaft über Hürden für Fachkräfte?**

Eine differenzierte Einwanderungspolitik fällt uns Österreichern offenbar schwer. Ich weiß auch



„Es braucht intelligente Einwanderung“, sagt Ökonom Werner H. Hoffmann. Die USA könnten als Vorbild dienen.

[Fabry]

nicht, warum. Man muss unterscheiden zwischen Flüchtlingen und Einwanderern, die wir bewusst holen, um gemeinsam mit uns dieses Land weiter aufzubauen und für Prosperität zu sorgen. Nur so können wir uns ein enges soziales Netz auch weiterhin leisten.



**Wie kommen wir dort hin?**

Es braucht intelligente Einwanderung. Es braucht eine echte Willkommenskultur, aber nicht für tschetschenische oder afghanische Banden, die sich dann Straßenschlachten liefern. Das bringt uns sicher nicht weiter. Leider sind wir für die echten Leistungs-

träger nicht die Topdestination, das zeigen die Studien. Da muss sich viel ändern. Wir brauchen Signale für die Topleute und nicht für diejenigen, die von unserem System nur profitieren wollen.

**Kann die Regierung die ungeregelte Einwanderung beschränken und uns dann für Leistungsträger attraktiv machen?**

Die Chance besteht. Wenn man sich unsere Studierenden ansieht, die aus Osteuropa kommen, dann wollen die meisten schon hierbleiben. Es lebt sich in Wien besser als in Kiew oder Bukarest. Aber top ausgebildete Leute finden heute auch in Prag oder Warschau gute Jobs mit guten Gehältern. Bei den Ärzten sehen wir, dass auch Österreicher ins Ausland gehen – noch nicht in den Osten, aber nach Deutschland.

**Was kann denn die Steuerreform bringen?**

Ich finde es gut, dass die Regierung ein Nulldefizit anstrebt und

mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt will. Das ist wichtig und nachhaltig. Vor diesem Hintergrund muss man das Steuersystem umbauen, um die richtigen Anreize zu setzen. Der Kapitalmarkt muss befeuert werden. Da müssen die Steuern runter. Ein unterentwickelter Kapitalmarkt kostet uns Wachstum und Wohlstand.

**Da geht es um Unternehmen und Anleger?**

Natürlich. Da sind wir auch beim

## ZUR PERSON

**Werner H. Hoffmann** ist Vorstand des Instituts für Strategisches Management und Programmdirektor des Masters „Strategy, Innovation & Management Control“ an der WU. Zudem ist er Partner der Contrast EY Management Consulting und sitzt in mehreren Aufsichtsräten.

Am 4. Juni wird Hoffmann als Speaker beim **Wiener Strategieforum** an der WU Wien auftreten, das in Kooperation mit der „Presse“ stattfindet.

Thema der Eigenvorsorge für die Pension. Man sollte die Menschen ermutigen, in reale Unternehmen zu investieren – über Aktien. Aber die Politik, die da bisher gefahren wurde, ist fatal. Da haben sich alle Politiker mit Botschaften übertroffen, dass sie nie Aktien gehalten hätten. Das ist doch an Absurdität kaum zu überbieten. Ein Schauspiel war das, lachhaft für ein entwickeltes Land.

**Aber die Kapitalertragsteuer ist immer noch da.**

Eine gewisse Reduktion ist sinnvoll. Und langfristige Investitionen, bei denen Wertpapiere lang gehalten werden, sollten auch begünstigt werden. Wie es früher auch gemacht wurde. Immerhin werden die Anlagen ja mit bereits versteuertem Geld gemacht.

**Wie sieht es mit den übrigen Steuern aus?**

In Summe würde es guttun, die Abgabenquote zu senken. Das sollte durch eine intelligente Ausgabenbremse gut möglich sein. Wir haben immer noch viel zu viele Förderungen und Subventionen, die in Wahrheit teure Geschenke an die Wähler sind. Hier muss der größte Schnitt stattfinden. Viele Subventionen sind hinderlich, weil sie alte Strukturen bewahren, die nicht mehr zeitgemäß sind. Insgesamt sollte es eine breite Steuerbemessungsgrundlage geben und niedrige Steuern. Jetzt haben wir das Gegenteil, mit vielen komplizierten Ausnahmen.

**Sollen die Ausnahmen ganz weg?**

Nein, aber man muss sie gezielt setzen. Dort, wo sie auch Innovationen fördern. Dann sind die Ausnahmen im Steuersystem auch eine Investition für die Zukunft und nicht nur ein Geschenk an irgendeine Interessengruppe. Irgendwann müssen wir uns dann fragen, ob ein Steuersystem, das nur auf die Erwerbsarbeit abzielt, noch zeitgemäß ist. Die Arbeit muss ja generell weniger besteuert werden. Und langfristig ist es vorstellbar, die Wertschöpfung per se zu besteuern – weil die Digitalisierung uns in diese Richtung treibt. Das darf natürlich nicht oben draufgelegt werden, sondern muss Hand in Hand gehen mit einer Senkung der Steuern auf Arbeit.